

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
12 / 2005

# **Gerechtigkeit vor Gewalt**

## **Im Spannungsfeld zwischen Politik und Ethik**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004
- MUSICA PRO PACE 2004
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:*

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Daniela De Ridder, Frauenbeauftragte der Fachhochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wilfried Wittstruck, Sprache u. Literatur, Kath. Fachhochschule Norddeutschland

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Andrea Dittert, Joachim Herrmann

*Einbandgestaltung:* Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter Verwendung des Werkes »Selbstbildnis mit Schlüssel« (1941) von Felix Nussbaum aus dem Besitz des Tel Aviv Museum of Art, Israel ©VG Bild-Kunst, Bonn 2005

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766  
E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:*

- Oldenburgische Landesbank AG
- RWE Westfalen-Weser-Ems AG
- Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.
- Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Die Deutsche Bibliothek – Bibliografische Information:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2005

© 2005 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 3-89971-233-1

ISSN 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial. . . . .	9

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004

<i>Menschenrechte und Humanität im Schatten des Kampfes gegen den internationalen Terror</i> Mit Barbara Lochbihler und Rudolf Seiters . . . . .	17
---	----

<i>Sparpolitik – auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens?</i> Mit Christian Wulff und Ottmar Schreiner . . . . .	39
---	----

<i>Jugend / Perspektiven: Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Zukunft um? Anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück</i> Mit Renate Schmidt, Heinz Rudolf Kunze, Angela Marquardt . . . .	65
--	----

Sir Peter Torry, Berlin <i>Europa sieht Deutschland: Großbritannien und die Bundesrepublik heute.</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit . . . . .	97
---	----

Hans-Peter Kaul, Den Haag <i>Der Internationale Strafgerichtshof: Auf dem Weg zu weltweit mehr Gerechtigkeit? Festvortrag anlässlich des Osnabrücker Friedenstages und des Tages der Vereinten Nationen . . . . .</i>	109
--	-----

<i>Malerei in Zeiten der Verfolgung – Impulse für Frieden und Toleranz? Zum 100. Geburtstag von Felix Nussbaum</i> Mit Emily D. Bilski, Wieland Schmied, Christoph Stölzl und Inge Jaehner . . . . .	123
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE 2004 – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG

- Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Pazifistische Botschaften.*  
*Zu Arnold Schönbergs »Friede auf Erden«, Samuel Barbers*  
*»Agnus Dei« und Günter Bergers »Sieben Sequenzen ...« . . . . . 151*

## III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Wieland Schmied, Vorchdorf / Österreich  
*Der letzte Maler der Neuen Sachlichkeit. Ansprache zur*  
*Eröffnung der Ausstellung »Zeit im Blick – Felix Nussbaum*  
*und die Moderne« im Felix-Nussbaum-Haus Osnabrück*  
*am 5. Dezember 2004 . . . . . 167*

- Iring Fetscher, Frankfurt / Main  
*USA – eine imperiale Demokratie? Festvortrag anlässlich der*  
*Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Sozialwissen-*  
*schaften der Universität Osnabrück in der Aula der Universität*  
*am 17. November 2004 . . . . . 177*

- Thomas F. Schneider, Osnabrück  
*Die Wiederkehr der Kriege in der Literatur.*  
*Voraussetzungen und Funktionen »pazifistischer«*  
*und »bellizistischer« Kriegsliteratur vom Ersten Weltkrieg*  
*bis zum Dritten Golfkrieg . . . . . 201*

## IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren. . . . . 223  
Information der Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.. . . . . 228  
Abbildungsnachweis. . . . . 229

Iring Fetscher, Frankfurt / Main

## USA – eine imperiale Demokratie?

Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde<sup>1</sup> des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück in der Aula der Universität am 17. November 2004

I. – Die Vereinigten Staaten sind in mehrfacher Hinsicht einzigartig: Während in Europa aus Monarchien und Fürstentümern im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich demokratische Rechtsstaaten wurden, sind die USA aus dem Zusammenschluss freier Bürger in 13 Siedlerkolonien zur föderalen Demokratie entstanden. Als demokratisch Vereinigte kämpften sie erfolgreich gegen das damals mächtigste Imperium. Demokratie war hier kein Resultat, sondern der Ausgangspunkt der Staatswerdung.

Zugleich gab sich diese Föderation den anspruchsvollen Namen *Vereinigte Staaten von Amerika*, als ob es sich um das Gemeinwesen des ganzen westlichen Kontinents handele. Politiker, die sich nach dem Vorbild der USA gleichfalls von ihren Kolonialherren emanzipierten, sprechen deshalb – in kritischer Absetzung von dieser Bezeichnung – lieber von den *Estados unidos norte-americanos*.

Der Wappenspruch »*e pluribus unum*« bezog sich anfangs allein auf die 13 Kolonien, gewann aber im Laufe der Zeit auf Grund der multikulturellen und multinationalen Einwanderung eine viel umfassendere Bedeutung. Im Prinzip war dieser neue Staat von vorn herein ungemein modern, weil er kein ethnisch, religiös oder kulturell begrenztes Nationalprinzip kannte.

Dass faktisch lange Zeit zumindest das britische Element dominierte und die Mehrheit der Führungselite stellte, darf allerdings nicht übersehen werden. Erst in der Gegenwart beginnen sich konservative Nostalgiker um die Dominanz selbst noch der angloamerikanischen Sprache Sorgen zu machen und vor einer Hispanisierung zu warnen.<sup>2</sup> Das Schlagwort vom ›Schmelztiegel‹ ist schon seit Jahrzehnten durch die Betonung der unterschiedlichen ›Wurzeln‹ verdrängt worden. Afroamerikaner wie aus Osteuropa und dem europäischen Westen kom-

mende Iren, Italiener, Juden und andere ethnische Gruppen verzichten nicht mehr auf ihre Besonderheiten.

Am mühevollsten war der Kampf der Afroamerikaner um ihre – durch den Bürgerkrieg nur formal gesicherte – Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger. In manchen Teilen der Union sind sie nach wie vor diskriminiert oder wenigstens eindeutig benachteiligt. Unter den Inhaftierten wie unter den Armutsfamilien stellen sie einen überproportionalen Bevölkerungsteil.

II. – Schon durch die Unabhängigkeitserklärung, die *Thomas Jefferson* formuliert hatte, gewannen die Neuenglandstaaten einen nachhaltigen moralischen und politischen Einfluss in Europa. *Denis Diderot* fügte in seinem Essay *Über die Herrschaft des Claudius* eine »Ansprache an die amerikanischen Aufständischen« ein, in der er seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass »nach Jahrhunderten der Unterdrückung die Revolution jenseits der Meere, indem sie allen Bewohnern Europas Asyl gegen Fanatismus und Tyrannei bietet, die Regierungen über die Grenzen ihrer legitimen Herrschaft instruiert«.<sup>3</sup>

Sieben Jahre nach der Publikation dieses Textes brach die Revolution in Frankreich aus. *Condorcet* betont bereits 1786 in seinem Traktat *Über den Einfluss der Revolution Amerikas auf Europa* diesen Zusammenhang. Dort heißt es u.a.:

»Das Schauspiel eines großen Volkes, bei dem die Menschenrechte geachtet werden, ist für alle anderen – trotz der Unterschiede des Klimas, der Sitten und der Verfassungen – nützlich. Es lehrt uns, dass diese Rechte überall die gleichen sind [...] und dass es keinen Staat gibt, in dem der Mensch sich nicht aller dieser Rechte in vollem Umfang erfreuen könnte«.

Insbesondere werde auch das Beispiel der Pressefreiheit nützlich für Europa werden. Amerika habe bewiesen, dass ein Land auch ohne Verfolger und Scheinheilige glücklich sein kann. Politiker, die den Thesen der Philosophen nicht glauben wollten, würden durch dieses Beispiel überzeugt werden.

»Das den Amerikanern heiligste Dogma ist das der Toleranz, oder vielmehr der Religionsfreiheit; denn für dieses Volk ist schon das Wort Toleranz eine Beleidigung der menschlichen Natur.«<sup>4</sup>

Kein Zweifel, die amerikanische Revolution – und man hat schon bald die Unabhängigkeitskriege als Revolution bezeichnet – hat die franzö-

sische Revolution beflügelt und ermutigt. Sie hat vor allem bewiesen, dass eine republikanische Verfassung nicht nur – wie *Rousseau* annahm – in kleinen, ethnisch und sozial weithin homogenen Gemeinwesen möglich ist, sondern auch in einem großen – allerdings föderierten – Flächenstaat.<sup>5</sup>

Auch in deutschen Staaten fanden die Ereignisse in Amerika ein begeistertes Echo. Rückblickend schreibt *Goethe* in *Dichtung und Wahrheit*, »das Weltinteresse« sei nach der Anteilnahme am korsischen Befreiungskampf noch lebhafter gewesen,

»als sich in einem entfernten Weltteil ähnliche Auftritte wiederholten; man wünschte den Amerikanern alles Glück und die Namen Franklin und Washington fingen an, am politischen und kriegerischen Himmel zu glänzen und zu funkeln.«<sup>6</sup>

So groß war die Anziehungskraft des jungen Staates, dass *Goethe* sogar einige Zeit ernsthaft daran dachte, zusammen mit seiner Geliebten nach Amerika zu fliehen. Noch im hohen Alter erinnert er sich im Jahr 1830 an seine erste, wirklich große Liebe und spricht darüber mit dem Genfer *Frédéric Jacob Soret*, der als Erzieher des Prinzen *Karl Alexander* nach Weimar gekommen war.<sup>7</sup>

*Hegel*, dessen Geschichtsphilosophie eurozentrisch orientiert ist, merkt dennoch an: »Amerika ist das Land der Sehnsucht für alle, welche die historische Rüstkammer des alten Europa langweilt«. »Es ist das Land der Zukunft, in welchem sich [...] die weltgeschichtliche Wichtigkeit offenbaren soll.«<sup>8</sup> *Goethe* wie *Hegel* weisen übrigens schon darauf hin, dass dem Land die Ausbreitung in den weiten Westen des Kontinents offensteht, dessen Besiedlung »die Hauptquelle der Unzufriedenheit« infolge zunehmender Besitzunterschiede schwinden lasse, womit »das Fortbestehen des jetzigen bürgerlichen Zustandes [...] verbürgt« sei.<sup>9</sup>

*Werner Sombart* hat noch 1906 in seiner Schrift *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* dafür ebenso die »open frontier« verantwortlich gemacht, allerdings das bevorstehende Ende des Prozesses der Besiedlung des Kontinents und damit die Möglichkeit eines amerikanischen Sozialismus prognostiziert.<sup>10</sup>

III. — Seit ihrer Gründung sind die Vereinigten Staaten von etwas mehr als drei Millionen auf rund 290 Millionen Einwohner gewachsen. Dieser Zuwachs ist in erster Linie der Einwanderung – anfangs aus Europa, später auch aus Lateinamerika und Asien – zu verdanken. Aus Afrika kamen in großer Anzahl Sklaven, die vor allem für die

Baumwollplantagen der Südstaaten unentbehrlich waren, da sich die indianischen Ureinwohner nicht zu agrarischer Sklavenarbeit zwingen ließen.

Die Sklaverei blieb lange Jahre ein schändlicher Fleck auf dem Ehrenschild des ›Mutterlands der Freiheit‹. Erst als unter der Führung *Abraham Lincolns* die Nordstaaten gegen die Sklaven besitzenden Südstaaten im Bürgerkrieg gesiegt und wenigstens formell die Sklaven befreit hatten, konnte man von demokratischer Gleichheit aller Bewohner sprechen. Lincolns und der Nordstaaten Sieg wurde denn auch in Europa vor allem von Demokraten und Sozialisten begrüßt. Am 12. Oktober 1862 schrieb *Karl Marx* in *Die Presse*:

»Niemals hat die neue Welt einen größeren Sieg errungen als in dem Beweis, dass mit ihrer politischen und sozialen Organisation Durchschnittsnaturen von gutem Willen hinreichen, um das zu tun, wozu es in der alten Welt der Heroen bedürfen würde«.

Das war ein Lob der politischen und sozialen Strukturen der USA, keine Herabsetzung *Abraham Lincolns*. Über ihn schrieb Marx, in einer Grußadresse der Internationale nach dessen Ermordung, er sei

»einer der seltenen Männer [gewesen], denen es gelingt, groß zu sein, ohne dass sie aufhören gut zu sein. So groß war in der Tat die Bescheidenheit dieses großen und guten Mannes, dass die Welt erst dann entdeckte, er sei ein Held gewesen, nachdem er als Märtyrer gefallen«.<sup>11</sup>

Man denkt unwillkürlich an den ›Heldendarsteller‹, der jetzt Präsident der USA ist, sich dem aktiven Waffendienst während des Vietnamkrieges entzogen hat und das vermeintliche Ende des Krieges gegen den Irak im Kampfanzug feierlich verkündete. Ein größerer Kontrast lässt sich kaum vorstellen.

Die Hoffnung, die Marx und *Engels* allerdings auf die Auswirkung der Abschaffung der Sklaverei in Amerika für die proletarische Revolution in Europa hatten, erwies sich bald als Illusion. Zu der Illusion hat womöglich die selbstlose Art beigetragen, in der britische Arbeiter der Baumwollindustrie die Sache der Sklavenbefreier unterstützten, obgleich sie durch den Ausfall von Baumwollimporten materiell selbst benachteiligt waren. Dem Protest großer Teile der Arbeiter und vieler Bürger war es zu danken, dass Großbritannien nicht – wie von einigen Konservativen gewünscht – auf Seiten der Südstaaten in den Bürgerkrieg eingriff.



Trotz dieser Enttäuschung blieb die Bewunderung der Sozialisten Marx und Engels für die USA bestehen. Noch 1886 schrieb z.B. Engels an August Bebel:

»Du solltest die Gelegenheit nicht versäumen, das progressivste Land der Welt mit eigenen Augen zu sehen. Das Leben in den deutschen Verhältnissen übt auf jeden, auch den besten, einen drückenden und beengenden Einfluss aus, ich weiß das aus eigener Erfahrung, man muss wenigstens von Zeit zu Zeit heraus«. <sup>12</sup>

Während des 19. Jahrhunderts, besonders nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 und nach dem Misslingen der Reformen in Russland, wanderten immer wieder zahlreiche Personen aus politischen Gründen in das gelobte Land der demokratischen Freiheit aus. Dagegen stand schon früh im konservativen deutschen Bildungsbürgertum eine aus Arroganz und Furcht vor Freiheit und Gleichheit gemischte Abneigung gegen die Neue Welt. *Dan Diner* hat auf die Anfänge dieses negativen Amerikabildes bei deutschen Romantikern – unter anderem bei *Nikolaus Lenau*, aber – ambivalent – auch beim späten *Heinrich Heine* hingewiesen. In Anknüpfung an Lenau veröffentlicht *Friedrich Kürnberger*, der noch 1848 aktiver Demokrat war, einen amerikafeindlichen Roman *Der Amerika Müde* (1855), der auf Jahrzehnte das negative Amerikabild des deutschen Bürgertums beeinflusst hat. <sup>13</sup> Ein späteres Beispiel für das Klischee des »ideallosen amerikanischen Menschen« entwirft *Michael Georg Conrad* in seinem Roman *Was die Isar rauscht* (1889). Dabei fällt sein herabsetzender Antiamerikanismus mit antisemitischen Vorurteilen zusammen:

»der [...] amerikanische Mensch [...] wird auch im alten Europa der Mensch der Zukunft sein; heute kann man schon in gewissem Sinne den Juden als den Vertreter des Amerikanismus bei uns bezeichnen. Verjudung heißt eigentlich Amerikanisierung«. <sup>14</sup>

Dan Diner interpretiert diese – nach 1917 noch gesteigerte – Amerikafeindlichkeit zutreffend als eine indirekte Form der konservativen Ablehnung der Moderne und der westlichen demokratischen Gesellschaftsordnung. Eine Haltung, die durch die seit dem Beginn des Jahrhunderts entstandene Furcht vor amerikanischer Konkurrenz auch von Teilen der wirtschaftlichen Eliten übernommen wurde. Die Basis dieser Abneigung war nicht nordamerikanischer Imperialismus, sondern vielmehr US-amerikanische Modernität, demokratische Gleichheit und wirtschaftlich-technischer Fortschritt, der als »Materialismus« abge-

wertet wurde und dem die »tiefe deutsche Geistigkeit« und »Kultur« entgegengehalten wurden.<sup>15</sup>

Die Nazis folgten im Grunde dieser antiamerikanischen Tradition, auch wenn während der ersten Jahre nach ihrer Machtübernahme die Bemühung um Stärkung neutraler Tendenzen der amerikanischen Regierung und eine gewisse Bewunderung für moderne Fließbandfertigungen, namentlich der Automobilindustrie, publizistische Kritiken zurückhielten. Als einen charakteristischen – und ausnahmsweise sogar informierten – Repräsentanten der Amerikafeindlichkeit nennt Dan Diner vor allem *Giselher Wirsings* Veröffentlichung *Der maßlose Kontinent*. Wie bei vielen anderen antiamerikanischen Publikationen dieser Zeit verbindet auch Wirsing seine Polemik mit antisemitischen Ingredienzien. »Jüdisches Finanzkapital« wird von ihm für einen auf »Weltherrschaft« ausgehenden Imperialismus verantwortlich gemacht.

»Was zuvor nur dunkel angedeutet war, erfuhr nunmehr seine offiziöse Weihe. Wirsing trifft ein Bild eines sich verdichtenden weltanschaulichen Vorurteils, wenn er unumwunden offenbart: ›Onkel Sam hat sich in Onkel Shylock verwandelt‹.«<sup>16</sup>

Eine andere Variante amerikafeindlicher Haltungen, die Dan Diner nicht deutlich genug von früheren absetzt, entsteht, wie er selbst feststellt, aus der Enttäuschung angesichts der Tatsache, dass das zunächst von der jungen Generation der Nachkriegszeit (1945ff.) vielfach idealisierte Amerika in Vietnam einen fragwürdigen und grausamen Krieg führte, der allerdings auch unter der akademischen Jugend der USA auf heftigste Ablehnung stieß. Mir schien der damals von konservativen Demokraten in Deutschland erhobene Vorwurf des Antiamerikanismus gegenüber einem – freilich oft übereifrigen – Jugendprotest irreführend. Zum Teil wenigstens entstand er auch aus einem Gefühl der Solidarität mit amerikanischen Altersgenossen. Die Vitalität der amerikanischen Demokratie zeigte sich damals in der Stärke der publizistischen und populären Kritik am Krieg, die schließlich zur Beendigung der aussichtslosen Kämpfe durch realistische amerikanische Politiker beigetragen hat.

IV. — Die Situation seit der ersten Präsidentschaft von *George W. Bush*, als eine Gruppe von selbstbewussten Imperialisten, die sich in den Jahren zuvor gebildet hatte, an die Hebel der Regierungsmacht gelangte, unterscheidet sich radikal von früheren Perioden, in denen Antiamerikanismus mit antidemokratischen und antiliberalen Motiven verbunden war. Damals warfen deutsche Romantiker, Konservative

und Antisemiten den USA einen »kapitalistischen« oder »plutokratischen« Imperialismus vor. Jetzt verweisen Autoren wie *Robert Kagan* stolz und selbstbewusst auf ein imperiales Amerika und interpretieren die eigene Geschichte zumindest seit Beginn des 20. Jahrhunderts als geradlinigen Weg zur Abkehr von beengenden völkerrechtlichen Ver-



Iring Fetscher

pflichtungen bei der Realisierung imperialer Interessen der USA.

Die Tatsache, dass sowohl der Völkerbund als auch die Vereinten Nationen ganz wesentlich auf Anregung und Initiative der USA entstanden waren, wird dabei völlig vergessen. *Woodrow Wilsons* Scheitern am Kongress, der die USA vom Völkerbund fernhielt, wird als unwichtig ausgeklammert, um den demokratischen Präsidenten zum Vorläufer des zeitgemäßen neuen Imperialismus zu machen. Ähnlich wird auch *Franklin D. Roosevelt* verstanden. Paradoxerweise werden damit Auffassungen zum Selbstlob führender Publizisten gemacht, die bis

dahin eher aus dem Mund von polemisierenden antiamerikanischen Autoren kamen.

Im Rückblick auf die Ausdehnung des US-amerikanischen Territoriums kann zunächst daran erinnert werden, dass sie im Laufe des 19. Jahrhunderts in erster Linie durch *Kauf*, nicht durch militärische Eroberungen zustande kam: Kalifornien, Utah und Arizona wurden von Mexiko, Louisiana von Frankreich, Florida von Spanien, Alaska von Russland käuflich erworben. Der kontinentale Westen wurde durch (freilich nicht gewaltlose) Zurückdrängung indianischer Jagdgründe und agrarische Erschließung hinzugewonnen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts kam durch Kriege mit Spanien und Mexiko militärische Aktivität außerhalb der Staatsgrenzen hinzu.

Von einem »amerikanischen Imperialismus« kann man kaum vor der Regierung *Theodore Roosevelts* (1901-1910) sprechen. Die bereits 1823 formulierte *Monroe-Doktrin* nimmt lediglich eine Art Schutzrolle

der USA für den gesamten Kontinent in Anspruch. Sie verweigert europäischen Mächten die Eroberungen weiterer Kolonien, bestätigt aber zugleich den Besitz bereits existierender und verzichtet ihrerseits auf Eingriffe in innereuropäische Angelegenheiten.<sup>17</sup>

Theodore Roosevelt hatte schon als Unterstaatssekretär Anteil am Krieg gegen Spanien und nahm aktiv, als Kommandeur eines Freiwilligenregiments, am Feldzug der Jahre 1897/98 teil. Nach der Ermordung von Präsident *McKinley* selbst Präsident geworden und 1904 wieder gewählt, verfolgte er eine offen imperiale Politik in Asien und Afrika. Er verlangte von den dortigen Staaten und Kolonien die Öffnung der Märkte für den amerikanischen Handel und nahm in einem »Korollarium« zur Monroe-Doktrin eine Art Polizeifunktion für die südliche Hemisphäre in Anspruch. Offene und verdeckte Interventionen in Lateinamerika konnten sich seither – wenn nötig – auf dieses Korollarium berufen. Die USA verstanden sich damit als Hegemonialmacht jedenfalls für den gesamten amerikanischen Kontinent.

Autoren wie Robert Kagan in seinem Buch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* (New York 2003) versuchen wie erwähnt, eine noch weit umfassendere imperiale Tradition der US-amerikanischen Geschichte zu konstruieren. Dabei klammern sie die isolationistischen Traditionen der Republikanischen Partei völlig aus, die keineswegs mit dem Weg *Theodore Roosevelts* einverstanden waren. Vor allem verleugnet Kagan bewusst die internationalistischen, pazifistischen und völkerrechtlichen Anliegen zahlreicher demokratischer amerikanischer Regierungen und Publizisten. Auf diese Weise versucht er, sowohl Woodrow Wilson als auch Franklin D. Roosevelt als Vorläufer des Imperialismus der Bush-Regierung zu präsentieren. Während sich Wilson bei seiner Initiative für die Schaffung des Völkerbunds auf *Immanuel Kants* Schrift *Zum ewigen Frieden* berief, stehen nach Meinung des amerikanischen Verteidigungsministers *Donald Rumsfeld* heute die Amerikaner auf Seiten von *Thomas Hobbes*, während die (sentimentalen?) Europäer auf der des angeblich pazifistischen Philosophen Kant stünden.

Einigermaßen überraschend sind Kagans Andeutungen, dass der japanische Überfall auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor dem Angriff auf das *World Trade Center* korrespondiere. Beide haben aus seiner Sicht in gleicher Weise den Krieg legitimiert. Freilich handelte es sich bei dem Krieg gegen Japan um die Reaktion auf einen (präventiven!) Angriff dieses Staates, während eine direkte oder indirekte Verbindung des Irak mit dem Selbstmordanschlag auf das *World Trade Center* nur suggeriert, aber nicht bewiesen werden konnte. Dass der als »Krieg« deklarierte Kampf gegen den »internationalen Terrorismus«

andere Maßnahmen verlangt als ein Krieg zwischen Staaten, lag offenbar jenseits der strategischen Konzeptionen der amerikanischen Führung. Vor allem britische Autoren haben denn auch immer wieder darauf hingewiesen, dass Terror in verschiedenen Erdregionen – wie in Nordirland, im Baskenland, im Kaukasus, im Nahen Osten – verschiedene konkrete Ursachen hat und unterschiedliche Gegenmaßnahmen erfordert. Vor allem dürfe über die Ähnlichkeit der Kampfmittel solcher »asymmetrischen« Konflikte nicht die Untersuchung der unterschiedlichen, dementsprechend tiefer liegenden Ursachen vernachlässigt werden. Ganz abgesehen davon, dass zwar fanatische Selbstmordattentate ein Novum darstellen, asymmetrische Konflikte aber seit jeher z.B. für Kolonialkriege – man denke nur an den italienisch-äthiopischen Krieg – die Regel waren. Kritik an dem – weithin zumindest – neuen amerikanischen, imperialen Unilateralismus wird sowohl von traditionellen Republikanern wie *Patrick Buchanan* als auch von demokratischen Liberalen – namentlich an amerikanischen Elite-Universitäten – geübt. Buchanan hat unlängst in einem Artikel unter dem Titel *Bush hat Amerika verraten* hervorgehoben, dass sich die USA immer erst spät und zögernd auf große Kriege eingelassen und deshalb auch weniger Verluste erlitten haben als Frankreich und England. Unter der Präsidentschaft George W. Bushs laufe das Land aber jetzt Gefahr, als Folge der Überdehnung seiner imperialen Ambitionen unterzugehen:

»Bis jetzt [nämlich] sind alle Republiken, alle Weltmächte, alle Zivilisationen irgendwann untergegangen. Für die Vereinigten Staaten mag die Invasion im Irak und der Krieg als Mittel, den arabischen und islamischen Nationen Demokratie aufzuzwingen, als Parade-Beispiel einer imperialen Überdehnung sich herausstellen, die so viele Imperien in der Vergangenheit zu Fall gebracht hat [...]«. <sup>18</sup>

Das mag eine voreilige Diagnose sein, aber es bleibt noch immer fraglich, ob es den amerikanischen und britischen Truppen zusammen mit den von ihnen ausgerüsteten irakischen Polizisten und Militärs gelingen wird, das Land so weit zu befrieden, dass die für Ende Januar 2005 festgesetzten Wahlen einigermaßen korrekt und die Lage stabilisierend stattfinden können.

Frühere Beispiele für Kriege, die das Ende von Imperien eingeleitet haben, sind – nach Buchanan – für Großbritannien der Burenkrieg (1899-1902), für Frankreich spätestens der Vietnamkrieg gewesen. Durch sein Vorgehen gegen den Aufstand der Buren verlor England sein internationales Ansehen als humanitärer Staat. Frankreichs Schei-

tern verführte im Anschluss dann die USA zur größten militärischen und politischen Niederlage seiner Geschichte.

Während der gesamten Dauer des Kalten Krieges haben amerikanische Regierungen den großen »heißen Krieg« höchst vernünftiger Weise vermieden. Buchanan stellt fest:

»Wir sind die letzte Weltmacht, weil wir uns aus den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts länger herausgehalten haben. Seit dem Ende des Kalten Krieges allerdings folgen unsere Eliten all den Schusseln der britischen Oberklasse in ihrem tödlichen Marsch von der Arroganz der Macht zur Entfremdung von den Alliierten bis hin zur Führung von Angriffskriegen«.

Der Krieg im Irak habe aber nicht nur dem Ansehen der USA schwer geschadet, sondern auch zum Ruin der Wirtschaft beigetragen. Haushalts- und Außenhandelsdefizite haben eine nie geahnte Höhe erreicht. Trotz enormer militärischer Ausgaben ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Buchanan schließt seine Polemik mit diesem Fazit:

»Historisch gesehen waren die Republikaner aber die Partei der konservativen Tugenden und des ausgeglichenen Haushalts mit einer gesunden Skepsis gegenüber auswärtigen Kriegen, der Verpflichtung gegenüber traditionellen Werten sowie dem vehementen Widerstand gegenüber dem Wachstum der Regierungsmacht. Heute nicht mehr. Es gibt in Washington keine konservative Partei mehr«.<sup>19</sup>

V. — Während der Dauer des Kalten Krieges entstand für die Regierungen der USA ein Dilemma. Einerseits waren sie traditionelle Befürworter der Befreiung kolonialer Gesellschaften. Auf der anderen Seite waren die Kämpfe der Kolonisierten oft – nicht nur als Folge der Unterstützung von Seiten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten oder des maoistischen China, sondern auch von selbst – mit sozialistischen oder eindeutig kommunistischen Zielen verbunden.

Befreite Kolonien enteigneten nicht nur das Eigentum ehemaliger Kolonialherren, sondern auch das amerikanischer Unternehmungen und schlossen sich vom Weltmarkt ab. Aus diesem Grunde optierten amerikanische Regierungen oft lieber für antikommunistische Diktaturen als für sozialistische Regierungen, selbst wenn diese Ansätze zu demokratischen Institutionen zeigten. Aus diesem Grund kam es wiederholt zu militärischen (oder geheimen) Interventionen zugunsten lateinamerikanischer Diktatoren und sogar zum Sturz demokratisch gewählter Sozialisten – wie z.B. in Chile. Aus diesem Grund wurde

auch die autoritäre südvietnamesische Regierung zum Verbündeten (oder, wie andere es zutreffend formulieren, zum »Klienten«) der USA. Die militärische Intervention in Vietnam, die durch einen fingierten Zwischenfall gerechtfertigt wurde, endete mit einer katastrophalen Niederlage. Trotz enormer militärtechnischer Überlegenheit und dem Einsatz einer halben Million amerikanischer Soldaten konnte die kommunistische Armee Nordvietnams nicht besiegt werden. So grausam auch das Vorgehen von Kämpfern des *Vietcong* in vielen Fällen war, das Regime Südvietnams konnte in der Bevölkerung nicht ausreichend Rückhalt gewinnen, und gegen den fanatischen Kampfwillen des *Vietcong* reichte die vereinte Stärke der südvietnamesischen Truppen und der USA nicht aus. Die USA mussten den Kampf aufgeben, Südvietnam seine Niederlage hinnehmen. Die einzige Alternative zum Rückzug wäre eine weitergehende Eskalation bis hin zum Einsatz von Kernwaffen gewesen, der womöglich einen Weltkrieg ausgelöst hätte. Das vereinte Vietnam aber leitete Jahre nachher ökonomische Reformen ein, die inzwischen die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu den USA erleichtert haben.

Das Ende des Kalten Krieges hat die amerikanischen Regierungen von dem erwähnten Dilemma befreit. Auf der anderen Seite ist die Notwendigkeit einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik entstanden, da die einzig verbliebene Supermacht nicht mehr automatisch Bundesgenossen durch den Hinweis auf die sowjetische Bedrohung disziplinieren kann.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen könnte – durch den Wegfall des Ost-West-Konfliktes – zu einem handlungsfähigen Organ werden, weil die jeweilige Gegenseite nicht mehr automatisch mit einem Veto reagieren dürfte. Die heute die Politik der amerikanischen Regierung beratende (oder beeinflussende) Gruppe von Neokonservativen ist aber offenbar davon überzeugt, dass es jetzt darauf ankomme, eine erfolgreiche imperiale Politik des Alleingangs (allenfalls unterstützt von einer Allianz mit »Willigen«) zu führen.

Mit diesem imperialen Unilateralismus setzen sich zahlreiche amerikanische und britische Wissenschaftler und Politiker auseinander, wobei sie unter anderem auf die demokratischen und anti-imperialen Traditionen der USA zurückgreifen.

Einen eindrucksvollen historischen Beitrag zur Kritik an der imperialen Wendung der amerikanischen Politik hat *Emma Rothschild*, *Fellow* des *King's College* im britischen Cambridge und zur Zeit Professorin für Geschichte an der Harvard Universität, unlängst geleistet: Sie weist in einem Vortrag nachdrücklich darauf hin, wie deutlich den Gründungsvätern der amerikanischen Republik die Risiken eines Impe-

riums vor Augen standen. An der damals führenden maritimen Weltmacht Großbritannien konnten sie beobachten, wie sie außerstande war, den Befreiungskampf von 13 kleinen nordamerikanischen Siedlungskolonien zu unterdrücken. Englands unbesiegbare Flotte und seine an Land gesetzten Streitkräfte (darunter bekanntlich verkaufte deutsche Landeskinder) waren den Einheimischen, die rasch die Schauplätze der Kämpfe wechseln konnten und ihre Gegner im Unklaren ließen, wie General *Burgoyne* klagte, unterlegen. Er wisse weder, was im Kongress beschlossen werde, noch auch nur, was hinter dem nächsten Hügel auf seine Soldaten warte. Offensichtlich konnten unter den Soldaten, die für ihre Freiheit kämpften, keine Spione für England geworben werden. Kurz, es stellte sich heraus, dass die Engländer nicht stark genug waren, um ihre Rolle als koloniale Unterdrücker aufrecht zu erhalten: »Sie waren außerstande, die Art von Krieg zu führen, die sie gewinnen konnten«.

Dazu trug letzten Endes auch die Tatsache bei, dass der amerikanische Krieg daheim in England unpopulär war, zumal die amerikanischen Kolonien – im Unterschied zu *Napoleons* Frankreich – keine Bedrohung darstellten.<sup>20</sup> Das Verhältnis der Amerikaner zu der anderen imperialen Großmacht Frankreich war bis zum Herrschaftsantritt Napoleons freundlich. Das junge Amerika hielt die Französische Republik für ein »tugendhaftes Imperium«. *James Madison* war stolz auf die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Französischen Republik, und noch 1798 pries *George Washington* in einem Brief an Thomas Jefferson die französische Revolution und das französische demokratische Volk. *John Dickinson* drückte sogar noch nach Beginn des *terreur* Verständnis für Frankreich aus, habe man doch in Amerika ähnliche Fehler begangen wie die Jakobiner, als man um die Befreiung vom kolonialen Joch kämpfte!

Um das Jahr 1800 aber begann das Schicksal Frankreichs zu einem weiteren erschreckenden Beispiel für den unvermeidlichen Untergang von Imperien zu werden. Mit Blick auf das abschreckende Bild des kaiserlichen Frankreich warnten James Madison wie Thomas Jefferson ihre Landsleute immer wieder vor einer zu weitgehenden Stärkung der präsidentialen Exekutive. 1793 hatte Madison scharfe Kritik am »*Alien and Sedition Act*« geübt, der es erlaubte, Ausländern den Schutz des »*Habeas Corpus Act*« (des Haftprüfungsgesetzes) zu entziehen, sie präventiv zu verhaften und zu deportieren. Ein bloßer Verdacht sollte für solche Maßnahmen ausreichend sein. In einem Bericht aus dem Jahr 1800 stellte Madison fest, dass durch dieses Gesetz der freie Meinungs-austausch in der Bevölkerung unterdrückt und auf diese Weise am Ende das freie Regierungssystem zerstört werde. In Amerika



waren das zwar vorerst nur *mögliche* Gefahren, am Beispiel des Napoleonischen Imperiums konnte man aber erkennen, wie die durch Hervorhebung auswärtiger Bedrohungen erzeugte Angst auf der einen Seite und eigene Eroberungen auf der anderen zur Zerstörung republikanischer Freiheiten führen können.<sup>21</sup> James Madison meinte in einer anonymen Publikation:

»freiheitsliebende Amerikaner können die jüngsten Ereignisse in Frankreich nicht gründlich genug beobachten und bedenken. Zwei Wahrheiten sollten ins Bewusstsein aller Amerikaner eingraviert werden: die republikanische Freiheit kann die Aufstellung einer ständigen Armee nicht überleben, und Fesseln, die der Freiheit daheim

angelegt werden, waren noch stets mit den Waffen geschmiedet worden, die zur Verteidigung gegen reale, behauptete oder auch bloß eingebildete Gefahren dienen sollten.«

In Frankreich hatte die in der Mitte der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts auftauchende und beschwörende Angst vor einer feindlichen Invasion zusammen mit den Eroberungen der *Grande Armée* zur Zerstörung der freien Verfassung geführt.

»Napoleons Usurpation hat unsere Hoffnungen zerstört, Ehrgeiz hat die Tugend verdrängt und, vom Geist der Eroberung beflügelt, blickt Frankreich jetzt mit grimmigen Augen umher.«<sup>22</sup>

Während des ganzen 19. Jahrhunderts, stellt *Emma Rothschild* fest, ist das traurige Schicksal der anfangs so enthusiastisch begrüßten französischen Republik amerikanischen Politikern bewusst geblieben. Die von *Alexis de Tocqueville* als Charakteristikum der amerikanischen Demokratie hervorgehobene Dominanz der öffentlichen Meinung war aber nur so lange keine Bedrohung der individuellen Freiheit und der liberalen Verfassung, wie es eine Vielfalt unterschiedener Meinungen und Interessen der Bürger gab, die sich öffentlich artikulieren konnten: »Die heimtückische Gefahr eines Imperiums bestand offenbar darin, dass diese wichtige psychische Voraussetzung für eine demokratische Selbstregierung beeinträchtigt wird«.

Die imperiale Außenpolitik bedroht die Meinungsfreiheit. Außenpolitik, konstatiert Jefferson, kann leicht missbraucht werden, weil ihre Begründung dazu verführt, eigene (wahre) Absichten zu verheimlichen und nur solche Informationen preiszugeben, die den jeweiligen Absichten der Regierung nützlich erscheinen. »Krieg und Angst vor Krieg sind

mit den stärksten Leidenschaften und den gefährlichsten Schwächen von Menschen verbunden«; sie lassen die Meinungen weniger verschiedenartig und weniger friedlich werden.<sup>23</sup>

Die meisten zeitgenössischen Historiker haben, wie Emma Rothschild feststellt, heute die entschiedene Ablehnung des Imperialismus durch die Gründerväter der USA kaum noch zur Kenntnis genommen. Dabei stützten sich die Warnungen damals in der Regel auf Ereignisse, die wenigstens zwei Monate alt waren, bevor sie in den USA bekannt wurden, während wir heute die Fernsehbilder von den Ereignissen in Kabul oder Bagdad in Echtzeit zu Gesicht bekommen, also von dem offensichtlichen Scheitern imperialer Unternehmungen viel früher unterrichtet werden.

Im Gegensatz zu uns heute

»[...] waren die Amerikaner des 18. (und 19.) Jahrhunderts [...] vom Schicksal der antiken wie der modernen Imperien beunruhigt und fasziniert. Die Grenzen imperialer Macht wie das Scheitern Englands in Amerika und die Niederlage Napoleons in Russland sowie der Untergang der freien Republik beeindruckte sie und trug wesentlich zu ihrer eigenen politischen Orientierung bei. Sie lebten in einer Welt von Imperien, deren Mängel ihnen ständig vor Augen standen.«<sup>24</sup>

Man kann als Historiker kaum nachdrücklicher auf die Risiken der aktuellen imperialen Ambitionen der amerikanischen Führung hinweisen als durch einen solchen Rückblick!

VI. — Bevor George W. Bush sich zum imperialen Präsidenten stilisierte, war er – in der Tradition der Republikanischen Partei – durchaus für Zurückhaltung bei außenpolitischen Aktivitäten und ein erklärter Gegner des *nation-building* als einer Aufgabe für die USA, wie *Arthur Schlesinger* in einer Rezension unlängst noch festgestellt hat.<sup>25</sup> *Anne Norton* führt diesen Wechsel in der Haltung Bushs auf den Einfluss seiner neokonservativen Berater zurück, die sich ihrerseits meist als Schüler von *Leo Strauß* verstehen. Dazu merkt sie aber zu Recht kritisch an, dass es kaum möglich ist, aus den wissenschaftlichen Arbeiten von Strauß Argumente für einen Kreuzzug gegen das »radikal Böse« abzuleiten. Seine Arbeiten seien in der Regel ohne direkten Bezug auf praktische Fragen der Innen- und Außenpolitik. Die pauschale Deklaration bestimmter Staaten und Regierungen als »Reich des Bösen« und des eigenen Landes und seiner Führung voller Selbstbewusstheit als »Reich des Guten« wäre kaum im Sinn von Leo Strauß gewesen. Er

hätte vermutlich eher dem Urteil *Reinhard Kosellecks* zugestimmt, der in einem Interview Mitte Februar 2002 feststellte:

»Es gibt eine eindeutige Alternative mit der Achse des Guten und der Achse des Bösen. Um ubiquitär eingreifen zu können, werden nun Reduktionstechniken verwendet, die mit einer traditionell völkerrechtlich abgesicherten Außenpolitik nichts mehr zu tun haben. Die Amerikaner können durch ihre Definition des Terrors jederzeit überall intervenieren, wo das Böse auftaucht. Von der Anlage her ist das totalitär als Antwort auf totalitären Terror. Diese Politik nimmt für sich in Anspruch, Menschenrechte zu verteidigen, aber mit Maßnahmen, die sich von den Menschenrechten entfernen.«<sup>26</sup>

Seither sind zu den völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Inhaftierungen auf dem amerikanischen Pachtgelände *Guantánamo Bay* auf Kuba die bekannt gewordenen Folterszenen im Gefängnis *Abu Ghraib* in Bagdad und an anderen Orten hinzugekommen. Menschenrechte wurden nicht nur missachtet, sondern offen und bewusst verletzt, auch wenn der Nachweis der Verantwortlichkeit der höheren Führung bisher nicht geführt werden konnte.

Zu den wichtigsten neokonservativen Beratern George W. Bushs, die ihm den selbstbewussten imperialen Kurs nahebrachten, gehören *William Kristol*, Robert Kagan, *Paul Wolfowitz* und viele andere. Sie waren vermutlich fasziniert von dem platonischen Gedanken der Philosophenkönige und nahmen für sich in dieser Tradition eine Art unfehlbarer politischer Weisheit in Anspruch. George W. Bush konnte eine derartige Auffassung nahe gebracht werden, da er sich selbst auf Grund seiner »Neugeburt« durch ein religiöses Erweckungserlebnis in ähnlicher (nur weniger philosophischer) Weise als unfehlbar zum Kampf gegen das Böse berufen empfand. Gott hatte ihn vom Alkoholumismus erlöst, damit er in der Welt die »Achse des Bösen« bekämpfen und die Menschheit von dieser Gefahr erlösen konnte, angefangen mit der finsternen Diktatur Saddam Husseins.

»Konsequenz dieser neuen Orientierung der amerikanischen Politik war jedenfalls die Ersetzung der Heranziehung von historischer Erfahrung und republikanischer Tradition durch abstrakte universelle Prinzipien und utopische Projekte. All das, was amerikanische (und andere) Konservative seit jeher verachtet hatten«. – »Was konnte utopischer sein als der Traum der Neokonservativen, durch die Demokratisierung des Irak zu einer Demokratisierung der gesamten muslimischen Welt zu gelangen?«

Strauß, meint Anne Norton, hätte dazu wohl gesagt: »Ich bin dann jedenfalls kein Straußianer.«<sup>27</sup>

Ein entscheidendes Motiv für die neokonservative Orientierung der amerikanischen Führung dürfte aber das Bedürfnis gewesen sein, in der nach dem Sieg im Kalten Krieg entstandenen Unübersichtlichkeit eine neue, eindeutige Weltorientierung zu finden und auf deren Basis die allein verbliebene Supermachtstellung Amerikas auszubauen und zu legitimieren. Wie aus den Wählerbefragungen während und nach der Präsidentenwahl im Herbst 2004 hervorgeht, waren Furcht oder, genauer gesagt, vage Ängste großer Teile der Bevölkerung vor Terrorangriffen und anderen Ungewissheiten ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten einer Person, die sich erfolgreich als entschlossener Kriegsheld präsentiert hatte. Am »Kreuzzug gegen Schurkenstaaten« und an *nation-building* dürfte die Mehrheit der Wähler aber weniger interessiert gewesen sein.

Fundierte Kritik an der Orientierung der Regierung von George W. Bush kommt in den USA aus unterschiedlichen Positionen. Wir haben die des traditionellen Republikaners Patrick Buchanan schon kennen gelernt. Von einer anderen Auffassung her kritisiert *Zbigniew Brzezinski*, der unter *Johnson* und *Carter* Präsidentenberater war, Bushs Außenpolitik. Er tritt vor allem für eine besser international eingebundene, hegemoniale Politik der USA ein, verzichtet aber keineswegs auf einen amerikanischen Führungsanspruch. *John Kerry* hat im Wahlkampf eine ähnlich moderate Position vertreten und vermutlich deshalb nicht genügend Aufmerksamkeit für den Unterschied seiner außenpolitischen Orientierung gegenüber derjenigen Bushs erlangt. Immerhin betonte Brzezinski, dass die offizielle Reaktion auf die terroristischen Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon »irrational« war:

»An welcher Stelle überschreitet die Besorgnis um nationale Sicherheit die unsichtbare Grenze, die Klugheit von Verfolgungswahn unterscheidet? [...] Totale Sicherheit ist im Zeitalter der Globalisierung nicht erreichbar.«

Von der Regierung wurde aber eine Art Paranoia gefördert, die den Terrorismus zu einer quasi metaphysischen Dimension erhob. Dabei habe die Regierung die verschiedenen terroristischen Akte von ihren jeweiligen historischen und sozialen Ursprüngen abstrahiert wahrgenommen und damit – so füge ich hinzu – jeder Regierung die Möglichkeit verschafft, beliebige Gegenspieler als radikal zu bekämpfende »Terroristen« zu denunzieren. So habe die Regierung unter der »Achse

des Bösen« Staaten von völlig unterschiedlicher politischer und ideologischer Ausrichtung zusammengefasst, auf die daher auch rational in unterschiedlicher Weise reagiert werden müsste.<sup>28</sup>

VII. – Außerhalb der USA wurden die innenpolitischen Aspekte der imperialen Wendung der amerikanischen Politik weniger beachtet und kommentiert als die unilaterale offensive Außenpolitik und die Abkehr von der UNO. Dass aber beides, die imperiale Außenpolitik und die Beschädigungen der Freiheits- und Menschenrechte im Innern eng zusammenhängt, hat schon der Vortrag von Emma Rothschild hervorgehoben.

*David Dole* hat in seinem Buch *Double Standards and Constitutional Freedom in the War on Terrorism*<sup>29</sup> die Beeinträchtigung der Menschenrechte für amerikanische Staatsbürger und mehr noch für zeitweilige Bewohner der USA einer kritischen Prüfung unterzogen. In einer Rezension ging er unlängst auf Vorschläge zur Korrektur dieser bedenklichen Entwicklung ein. An erster Stelle steht hier die Reaktion auf den *Patriot Act* (das Patriotengesetz), der unmittelbar nach dem Angriff vom 11. September 2001 vom Kongress mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Die Behauptung, das Gesetz werde kaum missbraucht, widerlegt schon die Tatsache, dass wiederholt vor verschiedenen lokalen Gerichten Missbräuche angeklagt und verurteilt wurden. Bedenklicher als solche Missbräuche sind aber die völlig legalen Anwendungen dieses Gesetzes, wobei an erster Stelle die der Regierung verschaffte Erlaubnis zu weitgehendem ›*data-mining*‹, d.h. zu gezielter Datensuche, steht. Regierungsseitig genügt ein bloßer Verdacht, um eine solche Datensuche vorzunehmen. Weder ist hierzu ein Gerichtsbeschluss erforderlich, noch erfahren die betroffenen Personen nachträglich, dass sie ausgeforscht worden sind. Amerikanische Staatsbürger sind vor solchen Ausforschungen ebenso wenig geschützt wie im Lande lebende Ausländer.

Ein *Patriot Act II*, der im Februar 2003, wie durch eine Indiskretion bekannt wurde, schon geplant war, sah noch viel weitergehende Eingriffsrechte der Regierung vor. So sollte z.B. die Aberkennung der Staatsbürgerrechte von »verdächtigen Personen« ermöglicht werden und ebenso die Abschiebung von Ausländern – eventuell auch gerade erst durch den Verlust der Staatsbürgerrechte zu Ausländern gewordenen Bürgern der USA. Im Unterschied zu einer Telefonüberwachung bei gewöhnlichen Straftätern, die erst auf der Grundlage einer richterlichen Anordnung erfolgen darf, ist im Fall eines amtlichen Verdachts auf »Beziehungen zu Terroristen oder terroristischen Publikationen« die Einschaltung eines Richters nicht nötig! Als Anlass zu einem Ver-

dacht genügen »Beziehungen zu auswärtigen Staaten, soweit sie geeignet sind, die Sicherheit oder die Wirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten zu bedrohen«.

Der Soziologe *Richard Sennett* spricht in einem Artikel zu diesem Thema – fraglos etwas übertreibend – von einer Art des »sanften Faschismus«. Die Gefahr einer Aushöhlung rechtsstaatlicher Freiheitsicherungen wird aber von Teilen, vor allem der gebildeten großstädtischen amerikanischen Bevölkerung mit wachsender Beunruhigung konstatiert.

Dem Schutz der Freiheitsrechte und der Privatsphäre dienen die zwischen 1789 und 1791 ratifizierten 11 *amendments* der amerikanischen Verfassung. Im vierten heißt es:

»Das Rechts des Volkes auf Sicherheit der Person, der Wohnung, der Dokumente und Effekten gegen unvernünftige Untersuchung und gegen Verhaftungen soll nicht verletzt werden, und kein Haftbefehl soll erlassen werden außer auf Grund eines begründeten Verdachts, der durch Eid und Schwur bekräftigt worden ist. Auch muss ein solcher Haftbefehl die genaue Angabe des Ortes, an dem eine Hausdurchsuchung stattfinden soll wie der zu ergreifenden Personen oder Gegenstände enthalten.«<sup>30</sup>

Dieser Verfassungsartikel band allerdings bis in die jüngste Zeit allein Bundesbehörden. Verschiedene Staaten der USA kannten keinen vergleichbar deutlichen Schutz der Privatsphäre. Erst durch ein Gesetz im Jahr 1961 wurden die Verbote des vierten *amendment* auf alle Staaten ausgedehnt, 1966 das Verbot noch weiter präzisiert. Es war sicher kein Zufall, dass diese Verbesserungen des Schutzes für die Privatsphäre in einer Periode stattfanden, in der sich wiederholt Polizeiübergriffe namentlich in den Südstaaten gegen demonstrierende Gruppen ereignet hatten.<sup>31</sup>

Ein Teil der amerikanischen Staatsrechtslehrer hofft (oder hoffte bis zur Wahl 2004) auf eine Korrektur des *Patriot Act* durch Entscheidungen der höheren Gerichte, namentlich des *Supreme Court*. Angesichts der großen Wahrscheinlichkeit, dass bevorstehende Nominierungen zu einer eindeutig neokonservativen Mehrheit im *Supreme Court* führen werden, ist diese Hoffnung derzeit auf Null gesunken. Kaum realistischer ist die Hoffnung auf eine Gesetzesänderung durch den Kongress, dessen beide Häuser inzwischen durch klare republikanische Mehrheiten bestimmt werden. Es besteht daher vielmehr umgekehrt die Gefahr, dass existierende Gesetze zum Schutz der Privatsphäre wie der *Privacy Act* und der *Fair Credit Reporting Act*, die den Zugang der Regierung

zu privaten finanziellen und medizinischen Daten einschränken, aufgehoben werden. Ein anderes Gesetz, das die Aufzeichnung politischer Unterhaltungen sowie anderer im ersten *amendment* erwähnter Aktivitäten ausdrücklich begrenzt, ist vor einer Abänderung oder Beseitigung ebenso wenig sicher. Das erste *amendment* verbürgt die Religionsfreiheit, die Rede- und Pressefreiheit sowie die Freiheit der Versammlung und das Petitionsrecht.

Der Ausgang der Wahlen lässt es wenig wahrscheinlich erscheinen, dass von der öffentlichen Meinung ein ausreichend starker Druck auf den Kongress ausgeübt wird, derartige Verschlechterungen des Rechtsschutzes der individuellen Freiheitssphäre zu unterlassen.

Dennoch muss ich nicht mit einer derart pessimistischen Äußerung schließen. Zum Glück wissen wir durch einen Artikel von David Cole von der Existenz eines gleich nach der Verabschiedung des *Patriot Act* gegründeten *Bill of Rights Defense Committee*, das in kurzer Zeit bereits beachtliche Erfolge erzielt hat. Der *grassroot activity* engagierter Bürger von Amherst/Northhampton (Massachusetts) gelang es, die Stadtverwaltungen zahlreicher Großstädte – darunter New York, Los Angeles, Chicago, Dallas, Washington und Philadelphia – sowie vier Staatskongresse zur Verabschiedung von Resolutionen zu veranlassen, durch die Eingriffe in die persönlichen Rechte und Zugriffe auf die Daten von Bürgern, die der *Patriot Act* zulässt, ausgeschlossen wurden. So wurden z.B. Informationen über Buchausleihungen von Benutzern öffentlicher Bibliotheken ebenso abgelehnt wie willkürliche, präventive Inhaftierungen von Ausländern und unbegrenzte Haft von so genannten *enemy combattants*, die nach in der in Washington herrschenden Rechtsauffassung weder unter die Regelungen der Genfer Konvention, noch unter den Schutz der amerikanischen Verfassung fallen. Ebenso wenig darf in diesen Staaten und Städten der anwaltliche Beistand verweigert werden. David Cole hält es für denkbar, dass der Verzicht auf die Einbringung eines Gesetzesvorschlags zum *Patriot Act II*. bereits auf den Einfluss dieses mutigen Kampfes aus Amherst/Northhampton zurückging.<sup>32</sup>

VIII. – Die künftige Entwicklung der USA unter der wieder (oder eigentlich erstmals korrekt) gewählten Regierung George W. Bush bringt Gefahren sowohl für das eigene Land als auch für die übrige Welt mit sich. Eine Gefahr, auf die ich ausführlicher eingegangen bin, betrifft die bereits bestehende und vermutlich weitergehende Einschränkung von Freiheitsrechten amerikanischer Bürger und im Land lebender Ausländer. Die andere, über die in Europa weit mehr diskutiert wird, resultiert aus der Weigerung der amerikanischen Regierung,

internationale Verträge – wie den zur Errichtung eines Internationalen Gerichtshofes, den zur Abschaffung von Antipersonenminen, die Vereinbarung von Kyoto usw. – zu ratifizieren und ihre Unterstützung der UNO zu gewähren.

Einige führende amerikanische Politiker haben vielmehr sogar voller Triumph von dem Ende der UNO oder doch von deren lächerlicher Schwäche gesprochen. Ebenso besorgt zeigten sich viele europäische und andere Politiker darüber, dass in der gegenwärtigen (mit dem Weggang von *Colin Luther Powell* noch deutlicher auf ›neokonservativem‹ Kurs befindlichen) Regierung keine Bereitschaft zur Entgegennahme abweichender Meinungen oder Überlegungen vorhanden ist.

Eine unfreiwillige Satire auf diese Haltung konnte der amerikanische Journalist *Ron Suskind* im *New York Times Magazine* am 17. Oktober 2004 veröffentlichen. Ein Berater des Weißen Hauses habe ihm unlängst erklärt:

»Sie gehören zu den Leuten, die in einer von ihnen gründlich studierten Realität leben, um dann daraus ihre Aufgaben abzuleiten. So geht es aber jetzt in der Welt nicht mehr zu. Wir sind jetzt ein Imperium und wenn wir handeln, dann schaffen wir unsere eigene Wirklichkeit. Mit der können Sie sich dann beschäftigen.«<sup>33</sup>

An vielen Stellen der Erde mussten freilich Amerikaner die Erfahrung machen, dass sich die Wirklichkeit nicht so leicht nach ihrem Wunsch herstellen lässt und dass ohne vorausgehende gewissenhafte Untersuchung der Verhältnisse – z.B. in Afghanistan und im Irak – die erfolgreiche Verwirklichung ambitionierter Pläne kaum möglich ist. Frühere Angehörige der CIA haben enttäuscht darüber berichtet, dass ihre Berichte nur dann akzeptiert wurden, wenn sie mit den vorgefassten Wünschen der Administration übereinstimmten. Auf diese Weise könne verantwortliche Beratung nicht geleistet werden.

Robert Kagan wirft den Europäern – insbesondere Franzosen und Deutschen – vor, sie reagierten beleidigt, weil sie in Washington nicht mehr gefragt würden. Er dürfte sich irren, es sind oft zumindest traditionelle Freunde des freiheitlichen Amerika, die besorgt sind, wenn sie miterleben müssen, wie sich diese führende Weltmacht auf Wege begibt, die zwar momentane Erfolge, aber weit mehr weltweiten Schaden für das Ansehen für die Neue Welt mit sich bringen.

Das gilt nicht nur für die trickreiche Inhaftierung von Verdächtigen auf dem gepachteten Stützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba, sowie für die noch nicht vollständig aufgeklärten Folterungen, sondern auch für die illusionäre Zielsetzung und unehrliche Begründung des Irak-



Krieges. Die gleichen Kritiker und Freunde Amerikas hoffen – zusammen mit vielen Amerikanern, von denen ich einige zitiert habe – auf die nach wie vor beachtliche Vitalität der pluralistischen, föderalen Republik USA, die bisher noch stets imstande war, aus einem Irrweg, wenn er auch so schmerzlich war wie der nach Vietnam, wieder herauszufinden.<sup>34</sup>

- 
- 1 Vgl. die Laudatio auf Iring Fetscher: Rainer Eisfeld: Iring Fetschers ›realistischer Utopismus‹ und die heutige Politikwissenschaft. In: *Leviathan* 33 (2005) Nr. 1, S. 111-123.
  - 2 Vgl. Samuel P. Huntington: *The Challenge to America's National Identity*. New York 2004.
  - 3 Diderot, Denis: *Apostrophe aux Insurgents d'Amérique*. Zit. nach: Diderot, *Textes Politiques*, T. VI. Paris 1972, S. 213.
  - 4 Condorcet [Marie Jean Antoine Nicolas de Caritat, Marquis de Condorcet]: *De l'Influence de la Révolution d'Amérique sur l'Europe, par un habitant obscur de l'ancien Hémisphère* (1786). Zit. nach: *Oeuvres de Condorcet, publiées par O'Connor / M.F. Aago*, vol. VIII, S. 13 und S. 37.
  - 5 Rousseau hat allerdings, was in vielen Darstellungen ignoriert wird, am Beispiel seiner »Considérations sur le Gouvernement de Pologne« durchaus schon auf die Möglichkeit der föderalen Auflockerung großer Gemeinwesen als Voraussetzung für die Errichtung einer republikanischen Verfassung hingewiesen. Vgl. Jean-Jacques Rousseau: *Du Contrat Social. Ecrits Politiques*. In: *Oeuvres Complètes*, Vol. III, Paris 1964, S. 953-1041.
  - 6 Johann Wolfgang Goethe: *Dichtung und Wahrheit*. IV. Teil, 17. Kapitel. Zit. n. Gedenkausgabe der Werke. Hg. v. Ernst Beutler. Bd. 10, S. 771-772. Mit seinem Gedicht »Den Vereinigten Staaten«, das im Juni 1827 entstand, reagiert Goethe bereits auf herablassend anti-amerikanische Tendenzen deutscher Romantiker. Einen interessanten Überblick über »anti-Americans abroad« gibt Tony Judt in einer Rezension neuerer französischer Arbeiten, vgl. Tony Judt: *The New York Review of Books*, vol. I, Nr. 7, Mai 2003. Dort weist sie auch auf Goethes Gedicht hin. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der französischen amerikakritischen Tradition von Talleyrand bis zur Gegenwart.
  - 7 Vgl. den Bericht Sorets vom 5. März 1830, zit. in Goethe, *Gedenkausgabe*, a.a.O.(Anm. 6), Bd. 23, S. 671: Fußnote Sorets.
  - 8 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte*. In: *Sämtliche Werke*. Hg. von Georg Lasson, 1917ff. Bd. 1, S. 190ff. Vollständig lautet der Abschnitt: »Amerika ist das Land der Zukunft, in welchem sich in vor uns liegenden Zeiten, etwa im Streite von Nord- und Südamerika die weltgeschichtliche Wichtigkeit offenbaren soll: es ist ein Land der Sehnsucht für alle, welche die historische Rüstkammer des alten Europa langweilt. Napoleon [für Hegel wie Goethe eine bewunderte welthistorische Gestalt, I.F.] soll gesagt haben ›cette vieille Europe m'ennuie. Amerika hat von dem Boden auszuscheiden, auf welchem sich bis heute die Weltgeschichte begab. Was bis jetzt sich ereignet, ist nur der Widerhall der alten Welt und der Ausdruck fremder Lebendigkeit, und als ein Land der Zukunft geht es uns überhaupt nichts an [...]« (S. 200). Die These, die amerikanische Republik beweise, dass demokratische (seinerzeit stets »republikanisch« genannte) Verfassungen auch in großen Staaten möglich sind, lässt Hegel nicht gelten. Denn »Amerika ist noch nicht als ein gebildeter und ausgereifter, sondern als ein Staat zu betrachten, der noch im Werden ist; er ist noch nicht so weit vorgerückt, um das Bedürfnis des Königtums zu haben. Er ist ein Föderativstaat; das aber sind in Betracht auf das Verhältnis nach außen die schlechtesten Staaten. Nur seine eigentümliche Lage verhindert, daß ihm dieser Umstand nicht zum gänzlichen Untergange gereicht hat. Schon im letzten Kriege mit England hat sich das gezeigt. Die Nordamerikaner konnten Kanada nicht erobern [...]« (S. 198).
  - 9 In aufschlussreichem Zusammenhang heißt es im gleichen Text: »Das Bedürfnis eines festen Zusammenhaltens ist noch nicht vorhanden; denn ein wirklicher Staat und eine wirkliche Staatsregierung entstehen nur, wenn bereits ein Unterschied der Stände da ist, wenn Reichtum und Armut sehr groß werden und ein solches Verhältnis eintritt, daß eine große Menge ihre Bedürfnisse nicht mehr auf eine Weise, wie sie es gewohnt ist, befriedigen kann. Aber Amerika geht dieser Spannung noch nicht entgegen; denn es hat unaufhältlich den Ausweg

- der Kolonisation in hohem Grade offen, und es strömen beständig eine Menge Menschen in die Ebenen des Mississipi. Durch diese Mittel ist die Hauptquelle der Unzufriedenheit geschwunden und das Fortbestehen des jetzigen bürgerlichen Zustandes wird verbürgt.« Vgl. a.a.O. (Anm. 8), S. 198.
- 10 Werner Sombart hebt in seinem Buch aus dem Jahr 1906 als Gründe für das Fehlen einer sozialistischen Massenbewegung die egalitär demokratische Verfassung, die hohen Löhne und nicht zuletzt die Möglichkeit hervor, jederzeit als freier Farmer auf eigenem Grund selbstständig zu werden und »aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem auszuscheren«. Er meint, diese »Settlers« hätten »praktisch aufgehört, Diener des Kapitalismus zu sein«. Korrigierend würde ich hinzufügen: erstens, dass die hohen Löhne weithin eine Folge der Möglichkeit der Abwanderung nach Westen und der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit als Farmer waren und zweitens, dass mehr noch als die reale Abwanderung das Bewusstsein ihrer theoretischen Möglichkeit sozialistischen Tendenzen entgegenwirkte. Eine nach wie vor wichtige Rolle spielt drittens auch die Tatsache, dass die am niedrigsten entlohnten Tätigkeiten oft von neuen Zuwanderern übernommen werden, sodass eine weitergehende Solidarität der Arbeiter durch ethnische Unterschiede behindert wird.
  - 11 Zit. n. Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Berlin 1958. Bd. 15, S. 533 und Bd. 16, S. 98f.
  - 12 Friedrich Engels: Briefe an Bebel. Berlin 1958, S. 125. Vgl. auch Wilhelm Liebknecht, der einem in den USA lebenden Landsmann gegenüber die demokratischen Amerikaner in Schutz nimmt: »die Amerikaner [seien] allerdings in politischer Hinsicht konservativ [...], aber das ist keine Borniertheit, sondern hat seinen Grund. Alle demokratischen Völker sind konservativ. Die amerikanische Verfassung verdient es wahrhaftig, »konserviert« zu werden – trotz alledem und alledem. Despotisch regierte Völker sind niemals konservativ, weil sie nicht zufrieden sind. Nur demokratische Völker können konservativ sein – eine verteuft einfache Wahrheit, die aber von so vielen sogenannten Staatsmännern noch nicht kapiert worden ist.« Vgl. W. Liebknecht: Ein Blick in die Neue Welt. Stuttgart 1887, S. 86ff.
  - 13 Vgl. hierzu Dan Diner: Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Frankfurt / Main 1993.
  - 14 Zit. nach: Otto Ladendorf: Historisches Schlagwörterbuch (1906). Neuauflage, Hildesheim 1968, Stichwort: Amerikanismus, S. 5.
  - 15 Obgleich die Ausführungen von Hermann Rauschnig in seinem 1940 erstmals veröffentlichten Buch »Gespräche mit Hitler« von der Forschung als unzuverlässig angesehen werden, ist sein Verweis auf ein – angeblich – im Juni 1933 geführtes Gespräch doch interessant genug, um hier zitiert zu werden. In Erwiderung auf den Hinweis eines Gesprächspartners, es sei für Deutschland von entscheidender Bedeutung, die Freundschaft Nordamerikas zu gewinnen, äußerte Hitler voller Geringschätzung: »Seit dem Bürgerkrieg, wo die Südstaaten wider alle geschichtliche Logik und jede geistige Gesundheit unterlagen, befinden sich die Amerikaner im Stadium des politischen und völkischen Verfalls [...] Seitdem ist Amerika in die Wirbel einer progressiven Selbstzerstörung geraten [...] Die Ansätze zu einer großen, auf der Idee der Sklaverei beruhenden neuen Gesellschaftsordnung sind damals zerstört worden und damit auch die Zukunftskeime eines wirklich großen Amerika, das nicht von einer korrupten Händlerkaste regiert worden wäre, sondern von einer echten Herrenschicht, die die ganzen falschen Ideen von Freiheit und Gleichheit zum Tempel herausgekehrt hätte [...]«; vgl. Hermann Rauschnig: Gespräche mit Hitler. Neue Auflage. Zürich 2005, S. 67f. – In der Folge dieser pessimistischen Diagnose deutet Hitler noch die Erwartung an, dass die »Erkenntnis der Ungleichheit der Rassen« aber doch noch zum Erwachen »der gesunden Elemente in den Vereinigten Staaten« führen werde. Zum Verhältnis USA / Drittes Reich vergleiche auch: Detlef Junker: Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich. Düsseldorf 1988; Alton Frye: Nazi Germany and the American Hemisphere. New Haven 1967; James V. Compton: Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges. Oldenburg 1968.
  - 16 Dan Diner, a.a.O. (Anm. 13), S. 106. Giselher Wirsing: Der maßlose Kontinent. Jena 1942, S. 188. Nach zeitweiligem Berufsverbot war Giselher Wirsing der Mitbegründer der Wochenzeitung »Christ und Welt« und von 1954-1970 deren Chefredakteur. Der SS-Sturmbannführer hatte sich in die bundesdeutsche Gesellschaft »integriert«.
  - 17 Carl Schmitt hat in seinen Büchern »Land und Meer« (1942) und »Nomos der Erde« (1950) das hinter der Monroe-Doktrin stehende Prinzip verallgemeinert und für das großdeutsche Reich (1942) ein analoges »Interventionsverbot« für außereuropäische Mächte konzipiert.

- Einige Zeit war das auch die Grundlage, auf der die Führung des ›Dritten Reiches‹ die Neutralität der USA zu gewinnen suchte.
- 18 Vgl. Patrick Buchanan: Bush hat Amerika verraten. In: Cicero, Magazin für Politische Kultur. November 2004, S. 24f.
  - 19 Patrick Buchanan, a.a.O. (Anm.18), S. 26.
  - 20 Emma Rothschild: Real, Pretended and Imaginary Dangers. In: The New York Review of Books, vol. 51, Nr. 5, v. 25. März 2004.
  - 21 James Madison: Report of 1800. In: The Papers of James Madison. University Press of Virginia 1977 ff., vol. 17, S. 343.
  - 22 »A gigantic Power seems animated by the devastating spirit of conquest, and glares with a fierce aspect on all around.« Vgl. John Dickinson: An Address on the Past, Present and Eventual Relations of the United States to France. New York 1803, S. 9.
  - 23 Vgl. The Federalist, Independent Journal, No. 51 (Februar 1788). Madison (oder Alexander Hamilton) heben dort die Bedeutung der Gewaltenteilung, aber auch die der Vielfalt der Meinungen und Interessen hervor. »It is of great importance in a republic, not only to guard the society against the oppression of the rulers; but to guard one part of the society against the injustice of the other part. Different interests necessarily exist in different classes of citizens. If a majority be united by a common interest, the rights of the minority will be insecure [...]«. Eine solche Übermacht der Majorität kann entweder durch einen über der Gesellschaft stehenden Monarchen verhindert werden, eine Lösung, die freilich die Gefahr des Despotismus mit sich bringe. Für die USA komme daher nur die andere infrage: »by comprehending in the society as many separate descriptions of citizens, all will render an unjust combination of a majority of the whole, very improbable, if not impracticable.« Siehe: The Federalist, edited with Introduction and Notes by Jacob Cooke. Meddletown 1961, S. 351.
  - 24 Emma Rothschild: »The eighteenth-century Americans [...] were fascinated by ancient and modern empires; by the limits of imperial power (as in the British failures of the 1770s) and by the cost of imperial power (as in republican France). They had been born in empires, and they lived in a world full of empires, of whose defects they are continuously conscious [...]. Mit dieser Feststellung schließt Emma Rothschild ihren eindrucksvollen Vortrag.
  - 25 Vgl. Arthur Schlesinger Jr.: Eyeless in Iraq. In: The New York Review of Books, v. 23. Okt. 2004.
  - 26 Zit. nach Ivan Nagel: Der Kritiker der Krise. Über den Historiker Reinhart Koselleck. In: Neue Zürcher Zeitung v. 8./9. Januar 2005.
  - 27 Eine gründliche Darstellung der theologischen Philosophie von Leo Strauß und eine Abgrenzung von seinen zeitgenössischen amerikanischen Schülern hat Mark Lilla von der Universität Chicago in zwei Artikeln unternommen; siehe Mark Lilla: Leo Strauss: The European. In: The New York Review of Books v. 21. Okt. 2004 und am gleichen Ort: The Closing of the Straussian Mind. In: The New York Review of Books v. 4. Nov. 2004.
  - 28 Zit. nach William Pfaff: The American Mission? In: The New York Review of Books v. 8. April 2004. Diese Rezension setzt sich ausführlich mit Zbigniew Brzezinskis Buch: The Choice: Global Domination or Global Leadership, New York 2004, auseinander. Pfaff kritisiert Brzezinskis Überschätzung der amerikanischen Stärke und meint: »In fact available American ground power currently tied up in Iraq and Afghanistan, without assuring stability in either place, and US naval and air power are all but irrelevant to Washington's frustrations. American economic vitality currently depends on Asian willingness to finance US deficits« (S. 26).
  - 29 Vgl. David Dole. In: The New York Review of Books v. 18. Nov. 2004.
  - 30 Zit. nach James Bryce: Amerika als Staat und Gesellschaft, Bd. 1, S. 439 (Zusatzartikel und Amendment der Verfassung der Vereinigten Staaten, vorgeschlagen vom Kongress und ratifiziert von den Parlamenten der Einzelstaaten, gemäß dem fünften Artikel der Originalverfassung).
  - 31 Vgl. David Cole: Uncle Sam is Watching You. Rezension von zwei kritischen Arbeiten zur Lage der Menschen- und Bürgerrechte in den USA: Samuel Dash: The Intruders. Unreasonable Searches and Seizures from King John to John Ashcroft (Rutgers Univ. Press) und Jeffrey Rosen: The Naked Crowd. Reclaiming Security and Freedom in an Anxious Age (Random House). In: The New York Review of Books v. 18. Nov. 2004, S. 56-60.
  - 32 A.a.O. (Anm. 31), S. 59.
  - 33 Ron Suskind: Without a doubt. In: The New York Times Magazine vom 17. Okt. 2004.

- 34 Deutschsprachige Literatur zur Thematik: Robert Kagan: Macht und Ohnmacht, Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. München 2004. – Bob Woodward: Bush at War. Amerika im Krieg. Aktualisierte Taschenbuchausgabe. München 2003 – Richard Clarke: Against all Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror. Hamburg 2004.